

Stellungnahme der Fraktion zum Haushaltsentwurf 2011

Mit dem Haushaltsentwurf 2011 wird die bisherige Haushaltspolitik der Stadtverwaltung und der Abgeordnetenmehrheit kontinuierlich fortgesetzt. Bleibt unserer Fraktion nur, ebenso kontinuierlich dieser Haushaltspolitik zu widersprechen

„Die Kommunalpolitik ist weniger von eigenen Programmen und Zielstellungen bestimmt, als vielmehr von den Möglichkeiten, Fördermittel zu akquirieren. Dies war schon so in Zeiten des Bürgermeisters Schulz und das ist so geblieben unter Bürgermeister Boginski. Mit dem Blick auf Fördermittel hatte sich die Stadt in das wirtschaftliche Desaster der LAGA gestürzt und mit dem gleichen Blick plant die Stadt heute Straßen, Bürgerbildungszentrum und andere Investitionen, die sie ohne Fördermittel unterließe, weil sie die Leistungskraft der Stadt übersteigen.“ Dieses Zitat aus unserer vorjährigen Stellungnahme zum Haushalt trifft auch für den diesjährigen Haushalt zu.

Nun, da angekündigt ist, dass die EU-Förderprogramme auslaufen, wird alles daran gesetzt, noch möglichst viele Fördermittel zu akquirieren. Die Prüfung auf Nachhaltigkeit des Fördermitteleinsatzes bleibt noch mehr auf der Strecke.

Die Strategie auch des diesjährigen Haushalts ist die Strategie des „Weiter so“ wie in den Vorjahren. Wo Besinnung und Korrektur am Platze wären, wird eine fragwürdige Haushaltspolitik unverändert fortgesetzt. Es scheint, als betrachteten die Stadtverwaltung und die Mehrheit der Stadtverordneten die städtische Strategie als „alternativlos“.

Es hat unter den gegebenen Bedingungen wenig Sinn, sich in der heutigen Sitzung noch mit dem Haushaltsentwurf auseinander zu setzen, denn der Beschluss ist so gut wie sicher. Trotzdem sollte auch eine oppositionelle Stimme nicht fehlen – wenigstens fürs Protokoll und für die wenigen anwesenden Bürger. Beeindrucken lassen werden sich dadurch weder die Abgeordneten noch die Presse.

Alternativlos ist der Haushaltsentwurf 2011 jedenfalls nicht. Es genügt allerdings nicht, für die kritische Lage des Haushalts die Finanzkrise und die Mittelbereitstellung durch Bund und Land verantwortlich zu machen. Sicher sind das wesentliche Ursachen. Und gegen diese gilt es Front zu machen. Aber im Rahmen der heutigen Sitzung brauchen wir nicht über Rüstungsausgaben, Finanzspekulationen und Steuergeschenke an die großen Konzerne zu reden. Zu reden ist aber heute darüber, wie unsere auch zum guten Teil hausgemachten Probleme zu lösen sind.

Seit einem Jahr wird an einer „Aufgabenkritik“ gearbeitet, das heißt Sparmöglichkeiten im städtischen Haushalt gesucht. Da sollte man meinen, dass nicht parallel Geld verschenkt wird. Aber die Stadt Eberswalde tut es - mit dem Segen der Stadtverordnetenversammlung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Verkauf des Schulgeländes Fritz-Weineck-Straße für den Vorzugspreis von 155 T€ an den Landkreis, obwohl die Stadt erst 75 T€ für den Abriss des Schulgebäudes bezahlt hatte. Und in Höhe des Kaufpreises von 155 T€ gewährte die Stadt dem Landkreis einen Investitionszuschuss für das Gymnasium Finow. Dazu gab es dann die Turnhalle gratis noch obendrauf. Auch die Turnhalle an der Potsdamer Allee wurde für einen Euro abgegeben, obwohl zuvor erhebliche Mittel in die Sanierung geflossen sind. Diese rätselhafte Verfahrensweise wurde mit einem so genannten Grundstückstausch mit dem Landkreis fortgesetzt, der für die Stadt Belastungen von 350 bis 500 T€ bringen wird.

Die Stadt plant ferner Investitionen, für die sie eigentlich keine Mittel hat, bzw. die ihr Leistungsvermögen überfordern. Zu solchen Investitionen zählen wir unter anderen

- den geplanten Bau des Eichwerder Rings,
- den Ausbau des Objektes Puschkinstraße zum Bürgerbildungszentrum,
- die Entwicklung des so genannten Wohnparks Finow,
- die noch nicht explizit benannten Straßenbaumaßnahmen in Finow und
- den prophylaktischen Grunderwerb.

Statt sich selbst zu überfordern, sollten nicht bezahlbare Investitionen privaten Investoren überlassen werden (was sich für diese nicht rechnet, davon sollte auch die Stadt die Finger lassen).

Unsere Fraktion kritisiert ferner die fehlenden Bemühungen zur Sanierung der Technischen Werke. Die im September 2010 baldmöglichst in Aussicht gestellte Sanierungskonzeption für die TWE lässt immer noch auf sich warten, obwohl gerade hier Millionen Verluste gemacht werden.

Als Ergebnis der Aufgabenkritik ist fast ausschließlich eine Kürzung der „freiwilligen Aufgaben“ ins Auge gefasst worden. Aber auch bei pflichtigen Aufgaben gibt es Ermessensspielräume. Es gibt keine Pflicht, eine bestimmte Straße zu bauen, ein stadteigenes Gebäude für einen neuen Verwendungszweck herzurichten oder Grundstücke auf Reserve zu kaufen. Bei solch verengter Betrachtungsweise wurde zum Teil an den falschen Stellen gespart und mögliches Konsolidierungspotential nicht genutzt, weshalb dann zum Mittel der Steuererhöhung gegriffen werden musste, um den Haushalt ausgleichen zu können.

Sparen zuerst bei den großen Posten, das ist sicher richtig. Aber mit Streichungen ist noch nichts gespart. Die „Einsparungen“ beim Personal zeigen schon bedrohliche Wirkungen. Nicht mehr alle Aufgaben werden geschafft. Wie zu DDR – Zeiten ist die meist gebrauchte Ausrede, keine Leute, keine Leute. Mehr und mehr werden einerseits Aufgaben „ausgelagert“ und als Fremdleistungen entsprechend teuer bezahlt und „externer Sachverstand“ für viel Geld eingekauft.

Beim Sparen darf man auch nicht nur auf die Kosten schauen. Bei der „Einsparung“ der Bürgerbüros beispielsweise werden nicht nur Kosten reduziert, sondern Leistungen für die Bürger, Bürgernähe und Ortsteilidentität wegrationalisiert (und Arbeitslosigkeit produziert). Eingesparte Kosten der Verwaltung werden zu Kosten der Bürger. Ihr in der Antrittsrede erklärter Grundsatz: „der Vorgang muss laufen, nicht der Antragsteller“, wird dadurch umgekehrt.

Der Bürgerhaushalt hat auch in diesem Jahr keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Dies liegt einerseits daran, dass es nicht gelungen ist, mit dem Bürgerhaushalt in die Breite zu kommen. Das liegt aber auch daran, dass die haushaltswirksamen Vorschläge nicht zur Benutzung angenommen wurden, weil sie nicht ins haushaltspolitische Konzept passen.

Unsere Fraktion kann auch in diesem Jahr dem Haushalt nicht zustimmen.

